

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

diese Pandemie ist ein anhaltender Stresstest für die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung und unserer Daseinsvorsorge. Ich will deshalb an dieser Stelle allen Beschäftigten danken, die ihre Angebote und Dienstleistungen aufrechterhalten oder pandemiefähig gemacht und weiterentwickelt haben.

Die Pandemie zeigt auch, wie wichtig und zentral ein leistungsstarkes Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft ist, das sich eben nicht dem Renditestreben der Privatwirtschaft unterwirft sondern dem Gemeinwohl dient. Und es bleibt eine der großen politischen Hausaufgaben für die Tarifparteien, den wohl verdienten Applaus für die Pflegekräfte auch in ein Mehr beim Gehalt umzumünzen.

Corona bringt aber nicht nur dort große Herausforderungen mit sich. Die Pandemie führt auch zu vielen sozialen und psychischen Folgeschäden. Diesen Schicksalen im Versteckten, diesen sozialpolitischen Herausforderungen nehmen wir uns in der SPD-Fraktion an, suchen das Gespräch und bringen unterstützende Initiativen auf den Weg.

Diese und viele weitere Themen bearbeiten wir im Nürnberger Rathaus. Einen Einblick gibt Ihnen im Folgenden unsere Rathaus-Depesche.

Ihr

Thorsten Brehm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Der Stadthaushalt 2022 Nachhaltig investieren für Nürnbergs Zukunft

Eine breite Mehrheit des Nürnberger Stadtrats hat am 18. November 2021 den Stadthaushalt für 2022 beschlossen. Als SPD-Fraktion war es uns wichtig, dass wir uns damit den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit stellen. In Nürnberg investieren wir deshalb weiter u.a. in Bildung, Betreuung, Soziales, Infrastruktur,

Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung. Ein wichtiges Signal für die solidarische Stadtgesellschaft konnten wir damit setzen, die wichtigen Zuschüsse an die vielen Ehrenamtlichen, Initiativen und Organisationen in der Stadt stabil zu halten – eine Kürzung konnte erfolgreich abgewendet werden.

ZUKUNFTSINVESTITIONEN DER STADT NÜRNBERG

2022



1,422
Mrd. €

2025



Mittelfristiger
Investitionsplan
(MIP)

Die Investitionen sind notwendig, da Bedarf und Anspruch an die Städte und Kommunen seit Jahren ständig anwachsen. Zudem bringt die Pandemie viele Mehrausgaben mit sich. Klar ist deshalb: Die Kommunen benötigen dringend und endlich mehr finanzielle Unterstützung vom Frei-

staat Bayern und vom Bund, um ihren wichtigen Aufgaben vor Ort gerecht werden zu können.

Die Grundsatzrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden zum Stadthaushalt finden Sie unter spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de. >>

Zahlen zum Nürnberger Stadthaushalt 2022

> Den städtischen Erträgen von ca. 2,16 Milliarden € stehen im Jahr 2022 Ausgaben/Aufwendungen von 2,17 Milliarden € gegenüber. Das Haushaltsdefizit beträgt 2022 rund 16 Millionen €, was durch unvorhergesehene gestiegene Steuereinnahmen um 38 Millionen Euro niedriger ausfällt als geplant.

> Ein Grund für wachsende Ausgaben sind **gestiegene Kosten wegen der Corona-Pandemie** und **allgemein höhere Kosten für Sach- und Dienstleistungen**. Zudem müssen u.a. für Kinderbetreuung, den Mobilitätsplan und Digitalisierung **stadtweit ca. 300 neue Stellen** geschaffen werden.

> Die zwei umfangreichsten Ausgabenblöcke des Nürnberger Etats 2022 sind **Soziale Transferaufwendungen** (882,33 Millionen €) sowie Ausgaben für **Personal und Versorgungsleistungen** (735,47 Millionen €).

> Die Stadt investiert 2022 insgesamt **445 Millionen €** (Zusammensetzung: 307 Mil-

lionen € Eigenmittel + Zuschüsse). Der Mittelfristige Investitionsplan (MIP) beziffert von 2022-2025 einen **Investitionsbedarf von 2,091 Milliarden €** (davon 1,422 Milliarden € Eigenmittel).

> Die Stadt investiert bis 2025 u.a. verstärkt in **Schulen** (700 Millionen €), **Kinderbetreuung** (117 Millionen €) und die Umsetzung des **Nürnberger Mobilitätsbeschlusses** (400 Millionen €).

> Die städtische Nettoneuverschuldung wird im nächsten Jahr 170 Millionen € betragen. Die **Gesamtschulden des Kernhaushalts steigen deshalb 2022 auf ca. 1,68 Mrd. €**.

Nachnutzung von Tankstellenflächen im Stadtgebiet Chance für Stadtteile und Mobilitätsinfrastruktur der Zukunft

Ab dem Jahr 2035 sollen nach dem Willen der Europäischen Kommission keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr verkauft werden. Namhafte Autobauer haben angekündigt, schon vorher gänzlich auf die Fertigung von Elektrofahrzeugen umzusteigen. Das Geschäftsmodell der Mineralölkonzerne mit einem flächendeckenden Netz an Tankstellen nähert sich deshalb in Schritten einem absehbaren Ende. Zukünftig wird mehr Strom als Sprit getankt, was mit einer gänzlich anderen Versorgungsinfrastruktur einhergeht.

strategisches Interesse haben, auf die Entwicklung und Nachnutzung dieser privaten Flächen Einfluss zu nehmen und wo (finanziell) möglich, diese selbst zu erwerben.

Die großen Mineralöl-Großkonzerne entwickeln in Konzeptstudien bereits erste Visionen zur Zukunft der Tankstellen, um zumindest einen Teil des Geschäftsmodells zu retten. Sie wollen diese zu serviceorientierten Mobilitätszentren weiterentwickeln. Die Vielzahl an Standorten wird aber wohl spürbar reduziert werden.

Diese neuen Mobilitätszentren wären vor allem in dicht bebauten Stadtteilen mit Geschosswohnungsbau die Lösung für ein bisher ungelöstes Problem: Der Platz im öffentlichen Raum ist begrenzt, sodass dort nicht genügend öffentliche Stromtankstellen errichtet werden können. Wer ein Elekt-

roauto, aber keine eigene Garage oder privaten Stellplatz besitzt, hat nach wie vor ein Problem. Das Tanken an solchen schnellladenden „Superchargern“ erfordert allerdings an den meisten Standorten auch ein Aufrüsten der (kommunalen) Strominfrastruktur, weil die gleichzeitig abgerufene Strommenge enorm ist. Insgesamt stellt sich die Frage, ob dies nicht auch eine Wertschöpfungskette ist, von der nicht auch kommunale Energieunternehmen profitieren können.

Die Rathaus-SPD hat die Stadtverwaltung für einen ersten Schritt aufgefordert, die Thematik fachlich zu prüfen, ein Modellprojekt anzustoßen und Fördermittel zu akquirieren sowie die N-ERGIE als städtische Tochter einzubeziehen.

Weitere Informationen:
spd@stadt.nuernberg.de

Die Rathaus-SPD hat deshalb die Stadtverwaltung beauftragt die Leitlinien zu überarbeiten und zu aktualisieren. Dabei müssen Expert*innen herangezogen, aber auch die Bürger*innen beteiligt werden. Zudem sind neben der Verwaltung, sowohl vom „Doku-Zentrum Reichsparteitagsgelände“ als auch von denjenigen, die vor Ort auf oder mit dem ehemaligen Gelände arbeiten, sei es kulturell, pädagogisch oder auch wissenschaftlich, Stellungnahmen einzuholen. Auf dieser Grundlage sollen die überarbeiteten Leitlinien die Basis zum weiteren Umgang mit dem Gelände sein.

Weitere Informationen:
Dr. Anja Pröls-Kammerer;
spd@stadt.nuernberg.de



Überarbeitung der Leitlinien / Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände

Im Jahr 2004 verabschiedete der Nürnberger Stadtrat die „Leitlinien zum Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände“. Erstellungsgrundlage war damals ein Hearing mit Expert*innen und interessierten Bürger*innen. Einbezogen wurden aber auch die Stellungnahmen derjenigen, die mit dem Gelände professionell umgehen. Diese Leitlinien sind nach wie vor die Grundlage für den Umgang Nürnbergs mit dem Gelände und sollen im Kern auch zukünftig ihre Gültigkeit behalten.

Dennoch ist aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion eine Überarbeitung und Weiterentwicklung angebracht – nicht zuletzt aufgrund aktueller Entwicklungen und diskutierten Vorhaben, seien es kulturelle Nutzungsperspektiven bzw. mögliche bauliche Veränderungen. Zudem sind durch die Entwicklungen des Zeppelinareals ebenfalls neue Möglichkeiten hinzugekommen. Auch die künstlerische Auseinandersetzung mit internationaler Beteiligung, wie in den Leitlinien gefordert, ist so bisher noch nicht umgesetzt.

SPD-Ratsfraktionen der großen Städte in Nürnberg Arbeitskreis der Bundes-SGK tritt zusammen



SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm und Detlef Scheele (Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit) auf der SGK-Tagung 2021 in Nürnberg.

Am 28. und 29. Oktober 2021 war die SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg Gastgeberin der Tagung des „Arbeitskreises Große Städte“ der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)“. Dabei kamen Vertreter*innen von SPD-Ratsfraktionen aus den großen deutschen Städten zusammen,

um aktuelle kommunale Herausforderungen zu diskutieren und sich für politische Initiativen gemeinsam abzustimmen.

Aktuelle Themen und Herausforderungen

Schwerpunkte waren dabei u.a. aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik,

die Perspektive der kommunalen Finanzsituation, die Koalitionsverhandlungen im Bund aus kommunaler Sicht sowie bürgerschaftliches Engagement als Zukunftschance für die solidarische Stadtgesellschaft und das Thema „Erinnerungskultur“ am Beispiel der Kongresshalle auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände.

Zum Austausch und zur Diskussion mit den Teilnehmenden zu einzelnen Themenkomplexen nahmen u.a. teil: Detlef Scheele (Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit), Harald Riedel (Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Städtetags und Stadtkämmerer), Dr. Uli Glaser (Leitung Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Corporate Citizenship der Stadt Nürnberg).

Wahl von Thorsten Brehm als neuer Sprecher

SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm wurde im Zuge der Tagung einstimmig zum neuen Sprecher des SGK-Arbeitskreises gewählt. Damit vertritt er zukünftig auch die Interessen der SPD-Ratsfraktionen der großen deutschen Städte im Vorstand der SGK in Berlin.

Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Platz nach ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein benannt

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde ein Teil des Nürnberger Kornmarktes nach Dr. Peter Schönlein (*1939–†2016) benannt, der von 1987 bis 1996 Nürnberg Oberbürgermeister war. Der neu benannte Platz befindet sich in direkter Nachbarschaft der vom Sozialdemokraten Schönlein initiierten „Straße der Menschenrechte“. Der Platz ist zudem Beginn der ebenfalls auf Initiative von Dr. Peter Schönlein gestalteten Kulturmeile, die vom Germanischen Nationalmuseum über das Neue Museum und der Kunsthalle bis zum Krakauer Haus reicht. Bei der feierlichen Einweihung würdigten SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm und Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König das Wirken Schönleins für Nürnberg.

v.l.n.r. Wirtschaftsreferent Dr. Fraas, Fr. Schönlein, SPD-Fraktionsvorsitzender Brehm, Oberbürgermeister König am neuen Dr.-Peter-Schönlein-Platz.



Foto: Stadt Nürnberg, Sven Heublein

Ehrung für Gerald Raschke

SPD-Stadtrat a.D. Gerald Raschke wurde am 09. September 2021 in Ansbach vom bayerischen Innenminister mit der kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Raschke war 30 Jahre lang ehrenamtliches Mitglied des Nürnberger Stadtrats und wurde deshalb für sein herausragendes Engagement geehrt. Die SPD-Stadtratsfraktion gratuliert ihrem früheren Kollegen sehr herzlich und dankt für die langjährige Arbeit sowie seinen Einsatz für Nürnberg.



SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

NEUER STADTTEILPARK IN LICHTENREUTH

Ein Drittel des neu entstehenden Stadtteils Lichtenreuth soll aus Sicht der Rathaus-SPD zur Grün- und Freifläche werden. Da die baulichen Planungen des Stadtteils stetig voranschreiten, will die SPD-Fraktion nun, dass auch die konkrete Konzeption der 30 Hektar großen städtischen Parkanlage nachzieht. Dabei soll der neue Stadtteilpark zum Spaziergehen und Entspannen einladen, die angrenzenden Quartiere durch Fuß- und Radwege verbinden, aber auch Platz für Sport sowie Kunst und Kultur unter freiem Himmel bieten. Maßstäbe sollte der Park auch in Sachen Biodiversität und Wasserspeicherung setzen und durch eine geeignete Pflanzenauswahl der Klimaanpassung gerecht werden. Die SPD-Fraktion will von der Stadtverwaltung deshalb einen Bericht über vertragliche Vereinbarungen (z.B. Kostenteilung, Zeitachse) zur Errichtung des Stadtteilparks und passende Beteiligungsformate zur weiteren Ideensammlung.

PRIVATER EINBAU VON LADEINFRASTRUKTUR

Immer mehr Hausbesitzer*innen wollen im Sinne abgasarmer Mobilität in private Strukturen zur Ladung ihrer E-Autos investieren. Existiert auf dem Privatgrundstück aber kein eigener Stellplatz, muss die Ladeinfrastruktur häufig auf öffentlichen Gehwegen errichtet oder ein Ladekabel temporär über diesen gezogen werden. Können demgegenüber neue Parkflächen auf Privatgrund mit eigener Ladeinfrastruktur geschaffen werden, wird häufig eine Überfahrtsgenehmigung durch die Absenkung des Bordsteins vor dem Grundstück benötigt. In beiden Fällen lehnt die derzeitige Verwaltungspraxis entsprechende Ge-

nehmungen ab. Die Gründe dafür sind teilweise nachvollziehbar, bieten aber leider auch keine pragmatische Lösung. Die SPD-Fraktion hat deshalb im Sinne der Bürger*innen und der bearbeitenden Dienststellen eine rechtliche Klärung und Lösungsoption von der Stadtverwaltung angefordert.

MELDEHOTLINE FÜR FALSCH ABGESTELLTE E-SCOOTER

E-Scooter stellen grundsätzlich eine sinnvolle Erweiterung des Mobilitätsangebots dar. Für die SPD-Fraktion ist aber klar, dass eine ausreichende Regulierung der Nutzung und der Abstellmöglichkeiten gegeben sein muss. Dabei dürfen Bürger*innen im öffentlichen Raum, das Parken anderer Verkehrsteilnehmenden sowie die allgemeine Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt werden. Die Rathaus-SPD will deshalb eine zentrale Telefon-Hotline, unter der Bürger*innen falsch oder sicherheitsgefährdend abgestellte E-Scooter an die zuständigen Anbieter melden können. Diese sollen dann zuständigerweise für die Behebung der gemeldeten Probleme sorgen. Dabei soll der Kontakt unter einer kurzen Rufnummer zu allen Anbietern möglich sein.

RADABSTELLANLAGEN AM HAUPTBAHNHOF

Der Hauptbahnhof ist einer der wichtigsten Umsteige- und Knotenpunkte für den Umweltverbund. Ein Blick auf die Radabstellanlagen auf dessen Nordseite zeigt aber, dass es dort noch zu wenig Kapazitäten gibt. Auf der Südseite gibt es seit einiger Zeit ein neues Fahrradparkhaus. Viele stellen ihre Räder allerdings trotzdem lieber kostenlos und teilweise wild auf dem Platz davor ab oder befestigen sie rund um

die Baumschutzgitter. Insgesamt ergibt sich auf beiden Bahnhofseiten dadurch leider kein sehr geordnetes und ansehnliches Bild, was durch zahlreiche „Fahrradleichen“ verstärkt wird. Die SPD-Fraktion möchte deshalb, dass die Verwaltung berichtet und Verbesserungsvorschläge macht (z.B. durch die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten), um zu einem aufgeräumteren Stadtbild vor Ort beizutragen.

LÄRMSCHUTZ AM NÜRNBERGER RANGIERBAHNHOF

2011/12 erhielt der Rangierbahnhof mit Unterstützung des MdB a.D. Martin Burkert eine moderne Bremsanlage für Bahnrangiervorgänge. Durch die effektive Lärmreduktion von über 99 % gehörte seitdem das bis dato vorherrschende Kreischen und Quietschen durch die Arbeitsvorgänge der Bahn der Vergangenheit an. Seit einiger Zeit funktioniert die Bremsanlage und die zugehörige Lärmreduktion aber leider nicht mehr und belastet die Anwohner*innen massiv. Die SPD-Stadtratsfraktion hat deshalb per Antrag die erneute Schaffung der, bis vor kurzen noch funktionierenden, Lärmreduktion am Rangierbahnhof eingefordert.

WEITERE ENTWICKLUNG IN KRAFTSHOF

Zur sinnvollen stadtplanerischen Entwicklung in Kraftshof hat die Rathaus-SPD zusammen mit der CSU-Fraktion von der Stadtverwaltung einen Sachstand der Entwicklung des Gewächshausbaus im Knoblauchsland im Allgemeinen angefordert. Zudem soll im Sinne eines abgestimmten Gesamtkonzepts für den Bereich Kraftshof, die Einleitung nötiger Bauleitplanverfahren geprüft werden, um wichtige Leitlinien zur baulichen Entwicklung abzusichern.